



Hauptsache, der Schornstein raucht?



Warum wird „An der Papiermühle“ ein beachtlich hoher Schornstein errichtet, der mit 53 m Höhe geeignet ist, große Mengen klimaschädliches CO₂ abzuleiten? In der dortigen Papierfabrik wird eine gasbetriebene Anlage zur Dampf- und Energieerzeugung auf Braunkohlestaub umgerüstet. Bei gleicher Leistung wie vorher wird sie einen doppelt so hohen CO₂-Ausstoß haben. 10.000 to Braunkohlestaub werden pro Jahr mittels ca. 350 schweren LKWs aus dem fernen Magdeburg herangeschafft. Auch diese LKW produzieren reichlich CO₂. Der Schornstein wird das Ortsbild sehr negativ verändern. Kommentar der Bürgermeisterin: „Der Schornstein liegt in einem Gewerbegebiet, nicht in der Ortslage und ist umgeben von hohen Bäumen.“ Rein rechtlich ist seitens der Genehmigungsbehörde, dem Regierungspräsidium (RP), sicher alles ordentlich, wenn auch nicht zeitgemäß, gelaufen. Wir von der SPD Mühltal wollen diesen Schornstein mit seinem hohen CO₂-Ausstoß nicht, können ihn aber nicht mehr verhindern.

Ob die Abläufe innerhalb der Gemeinde einwandfrei waren, soll, gemäß einem Antrag der Mühltaler SPD-Fraktion, eine Anfrage beim Hessischen Städte- und Gemeindebund klären. Ferner sollen die Öffentlichkeit und die Gemeindevertretung wenigstens nachträglich über das Projekt umfassend informiert werden. Nur die CDU stimmte dem nicht zu. Was uns an diesem Vorgang ganz massiv stört, ist der Versuch, das Projekt vor der Öffentlichkeit so lange vertraulich zu halten, bis nichts mehr korrigierbar ist. Dies belegt der Zeitablauf ziemlich eindeutig: Ende Mai ging der Antrag des Betreibers beim RP ein. Gleich am 3. Juni 2010 wurde durch die Bürgermeisterin die sog. Einvernahme (Zustimmung) erklärt. Weder Ortsbeirat noch Gemeindevertretung wurden informiert. Die Bürgermeisterin beruft sich darauf, dass sie die Fraktionsvorsitzenden informiert habe. Diese Information war aber vertraulich und durfte deshalb nicht weiter gegeben werden. Das weiß die Bürgermeisterin natürlich. Wir verurteilen diese Informationspolitik am Bürger und an den politischen Gremien vorbei auf das Schärfste. So zerstört man Vertrauen. Nicht zum ersten Mal. Man sollte sich auch in Mühltal die Worte von H. Geißler, dem Schlichter beim umstrittenen Mammutprojekt Stuttgart 21, zu Herzen nehmen: „**Transparenz ist Voraussetzung für Akzeptanz durch die Bevölkerung**“.

Am 27. März 2011 finden Kommunalwahlen statt

Für Gemeindevertretung und Ortsbeiräte suchen wir noch Kandidaten. Überlegen Sie doch mal, ob es nicht reizvoll wäre, als Kandidat im positiven Sinne für Mühltal oder den Ortsteil, in dem Sie wohnen, tätig zu werden. Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Kompetenz, Transparenz und Beachtung der demokratischen Spielregeln, wie sie im Grundgesetz und in der Hessischen Gemeindeordnung vorgegeben sind. Falls Sie an einer Kandidatur oder zusätzlicher Information Interesse haben, kontaktieren Sie gerne Ruth Breyer, die Vorsitzende der Mühltaler SPD – Adresse nebenstehend.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------|---|
| Hauptsache, der Schornstein raucht? | 1 |
| Kommunalwahlen am 27. März 2011 | 2 |
| Großes Richtfest in Frankenhausen | 2 |
| Qual der Wahl | 3 |
| Interview mit Brigitte Zypries, MdB | 4 |

Besuchen Sie den
SPD/AsF-Glühweinstand
auf dem
Weihnachtsmarkt
Nieder-Ramstadt,
**27./28.
November 2010**

Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:
Vorstand der SPD Mühltal

Vorsitzende:
Ruth Breyer
Hügelstraße 9
64367 Mühltal
06151/9510710
ruth-breyer@t-online.de
www.spd-muehltal.de

Gesamtherstellung:
Ralf-Hellriegel-Verlag
64297 Darmstadt
Tel. 06151/880063

Großes Richtfest in Frankenhausen

Mit dem Richtfest des Gemeinschaftshauses und der Grundsteinlegung des Feuerwehrhauses am 27. August 2010 erlebte Frankenhausen einen wahrhaft historischen Tag. Wer das alte Schulhaus aus dem Jahr 1775 kennt, quasi die älteste Turnhalle weit und breit, weiß, dass dieser Neubau wahrlich keine Überversorgung darstellt. Auch wenn das bei den vorliegenden Maßen (ca. 50x17 m, Gesamtkosten 1,5 Mill. Euro) so aussehen könnte. Das bisherige Feuerwehrhaus, mit viel anerkennenswerter Eigenleistung der Freiwilligen Feuerwehr fertig gestellt, entspricht leider nicht mehr den gesetzlichen Auflagen und dem wirklichen Platzbedarf.



Der Zimmermann bei seinem Richtspruch.

Der Tradition auf dem Bau entsprechend, kommen an einem solchen Tag nur der Bauherr, der Zimmermann mit dem Richtspruch und allenfalls noch der Architekt zu Wort. Wir möchten deshalb hier Dank sagen an diejenigen, die an der Realisierung wesentlichen Anteil hatten.

Da sind zunächst Heike Mertz und Heiko Kaffenberger, stellvertretend für den GTV Frankenhausen, zu nennen. Sie hatten den Mut, sich für einen solchen

Bau einzusetzen und in ihren Bemühungen nicht nachzulassen; und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem der Bau neuer Bürgerhäuser nicht mehr subventioniert wurde.

Natürliche Unterstützung für ein Mehrzweckgebäude kam von der Feuerwehr. Der Ortsbeirat stellte sich rasch hinter dieses Vorhaben. Dieter Wendel fertigte die ersten vorzeigbaren Skizzen und Pläne. Bedenken kamen von der Verwaltung; Bürgerhäuser entsprachen halt nicht dem Trend: „Wer zahlt das? Das kriegen wir nie genehmigt!“. In zahllosen Vier-Augen-Gesprächen wurden diese Einwände überwunden. Ich will stellvertretend für diverse andere hier nur unseren Ortsvorsteher Matthias Runtsch nennen. Auch der Ortsbeirat bestand auf baureifer Planung. Dies wurde dann weitgehend vom Bauamt realisiert – und die Pläne ruhten erwartungsfroh in der Schublade.

„Vielleicht gewinnen wir ja im Lotto“ war damals ein gern gebrauchtes Scherzwort. Bis Lehman Brothers, Goldman-Sachs und ähnliche Institute eine weltweite Wirtschaftskrise auslösten. Bundes- und Landesregierung erstellten Investitionsprogramme, die den Neubau erst ermöglichten. Bedingungen für diese Hilfgelder waren baureife Planungen und Baubeginn noch im gleichen Jahr. Ob der Bauamtsleiter oder die Bürgermeisterin zuerst an der bewussten Schublade zogen, ist mir nicht bekannt – das ist auch nicht so wichtig. Jedenfalls stimmten Bauausschuss und Gemeindevertretung dem Projekt Bürgerhaus Frankenhausen zu.

Allen bisher Genannten gehört also Dank, wenn man von Lehman Brothers, Goldman-Sachs usw. einmal absieht. Ich hoffe, dass ich niemand sonst vergessen habe. Natürlich ist auch die sehr zielstrebige Arbeit der beteiligten Unternehmen lobend zu erwähnen, die sich durch Wind und Wetter nicht aufhalten ließen und gut im Plan blieben.

Ich darf dem Projekt, auch im Namen der SPD Mühlthal, die zahlreich auf dem Richtfest vertreten war, weiterhin gute Fortschritte wünschen, insbesondere, dass die weitere Finanzierung in diesen klammen Zeiten möglichst problemfrei abläuft. Das alte Schulhaus und das bisherige Feuerwehrhaus werden durch Verkauf zur Finanzierung beitragen. Der von der Jugendfeuerwehr so vorbildlich hergerichtete Schulgarten soll der Jugendfeuerwehr überlassen bleiben. Als Anerkennung für deren verdienstvolle Arbeit.

Gerhard Giebenhain

Qual der Wahl

Am 27. März 2011 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Es werden Kreistagsabgeordnete, Gemeindevorteiler und Ortsbeiräte gewählt. Sie, lieber Wähler, sollten in jedem Fall zur Wahl gehen, auch wenn sie, was ganz normal ist, mit der einen oder anderen politischen Entscheidung mal nicht einverstanden waren oder sind. Wählen heißt, im positiven Sinne Einfluss nehmen.

nächsten Schritt wäre zu prüfen, ob eine Partei über ihr Programm und/oder Aussagen führender Mitglieder eher für soziale Gerechtigkeit oder eher für soziale Kälte steht.

In jüngster Zeit gibt es zudem vermehrt Anzeichen für extreme soziale Erbärmlichkeit (5 Euro !). Soziale Gerechtigkeit heißt nun nicht, den Reichen neiderfüllt ihr Geld wegzunehmen, sondern sie angemessen am Unterhalt unseres Staatswesens zu beteiligen



Wohin
das X?

Artikel 45, Grundgesetz

„ ... Das Privateigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft ... “

Soll man aus Protest extreme oder sehr kleine Parteien wählen, um es „denen da oben“ mal so richtig zu zeigen? Bitte nein!

Mit der wachsenden Zahl von Parteien sind wirklich regierungsfähige Koalitionen schwieriger geworden und die politische Stabilität nimmt ab.

In diesen schweren Zeiten mit global, also weltweit wirksamen Wirtschaftskrisen sind stabile, handlungsfähige Regierungen im Gesamtinteresse erforderlich. Vermeiden Sie also möglichst das Wählen von extremen Parteien und Splitterparteien, deren Stimmanteile wirkungslos verpuffen.

Welche Parteien sind denn dann wirklich wählbar? Zunächst ist zu prüfen, wie es mit der innerparteilichen Demokratie bestellt ist und ob sie überhaupt bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Im

Soziale Gerechtigkeit heißt auch, über die Politik Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinander klafft. Nun werden Sie sich fragen, kann man über eine Kommunalwahl überhaupt hierauf Einfluss nehmen?

1. Auch im kommunalen Bereich gibt es Entscheidungen zwischen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Kälte. Wo z.B sparen wir beim Haushalt ein?
2. Außer der Kommunalwahl im März finden 2011 insgesamt sechs Landtagswahlen statt. Eine klare Entscheidung in den Kommunalwahlen hessenweit gegen soziale Kälte wird in ganz Deutschland Beachtung finden.

Nach zuverlässigen Umfragen entscheiden mehr als 60% der Wähler auch bei Kommunalwahlen nach bundes- und landespolitischen Gesichtspunkten. Auch daran sehen Sie, wie wichtig Ihre Wahlentscheidung sein wird.

Entscheiden Sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der sozialen Gerechtigkeit. Entscheiden Sie sich für die Wiederherstellung einer soliden finanziellen Basis der Städte und Gemeinden und gegen die weitere Ausplünderung der Gemeindegassen von oben. Nutzen Sie auch die Möglichkeiten, die das Kumulieren und Panaschieren bei der Auswahl der Kandidaten bietet. Informieren Sie sich rechtzeitig in den Medien über diese Verfahren. Und vor allem: Gehen Sie zur Wahl!

Ihr Gerhard Giebenhain

Fauler Atom-Kompromiss zu Lasten unserer Sicherheit



Interview mit
Brigitte Zypries, MdB,
Bundesjustizministerin a.D.

MiM: Wie beurteilen Sie den Atom-Kompromiss der schwarz-gelben Koalition und den Geheimvertrag?

Die Kanzlerin hat den Atom-Kompromiss als „Revolution“ gefeiert, der Vizekanzler sprach von einer Entscheidung mit „epochaler Bedeutung“. Ich habe den Eindruck: Je gewaltiger die Wortwahl für den Kompromiss, um so mehr wird davon abgelenkt, wie faul der Kompromiss der Regierung mit der Atomwirtschaft ist. Nicht nur, dass die letzten Atomkraftwerke wahrscheinlich erst 2040 vom Netz gehen, statt 2022, wie im noch gültigen Ausstiegsgesetz festgeschrieben ist. Mit dem „Geheimvertrag“ zwischen der Bundesregierung und der Atomwirtschaft können die Energiekonzerne Milliarden verdienen, die Bürgerinnen und Bürger müssen aber weiter um ihre Sicherheit fürchten.

MiM: ... und die Sicherheit der AKWs?

Alte Meiler werden keineswegs sicherer und durch die Deckelung der Investitionen in die Sicherheit muss letztlich der Steuerzahler für die notwendigen Verbesserungen aufkommen. Es ist offensichtlich: Der schwarz-gelbe Atomvertrag ist keine energiepolitische Vereinbarung, sondern ein Kaufvertrag mit einseitiger Absicherung der Atomlobby.

Die Koalition plant mit dem neuen Atomgesetz außerdem, Enteignungen für die Endlagersuche wieder zu ermöglichen. Um den Bau des geplanten Atomendlagers in Gorleben voranzutreiben, will die Regierung den Behörden auf diese Weise zusätzlichen Handlungsspielraum verschaffen – unter Rot-Grün hatten wir solche Enteignungen aus guten Gründen abgeschafft.

MiM: Der o.e. Vertrag wurde am Bundestag vorbei formuliert ?

Der Deal der Regierung mit der Energiewirtschaft ist auch deshalb skandalös, weil der Deutsche Bundestag als gesetzgebendes Organ völlig außer Acht gelassen wurde. Und zu guter Letzt will die Bundesregierung die geplante Laufzeitverlängerung ohne die notwendige Zustimmung der Länderkammer durchsetzen, da Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit mehr haben. Sigmar Gabriel hat deshalb bereits angekündigt: Die SPD wird dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen – ebenso wie die SPD-regierten Bundesländer.

MiM: Welche Rückwirkungen erwarten Sie auf das wichtige Zukunftsprojekt „Erneuerbare Energien“?

Der Deal mit der Energiewirtschaft wird bereits massiv in der Öffentlichkeit kritisiert; z.B. vom Fachbereichsleiter des Darmstädter Öko-Institutes, Michael Sailer: „Der Beschluß zur Laufzeitverlängerung ist das falsche Marktsignal für den Umbau in erneuerbare Energien.“ – dem kann ich mich nur anschließen!

MiM: Besten Dank für dieses Gespräch.

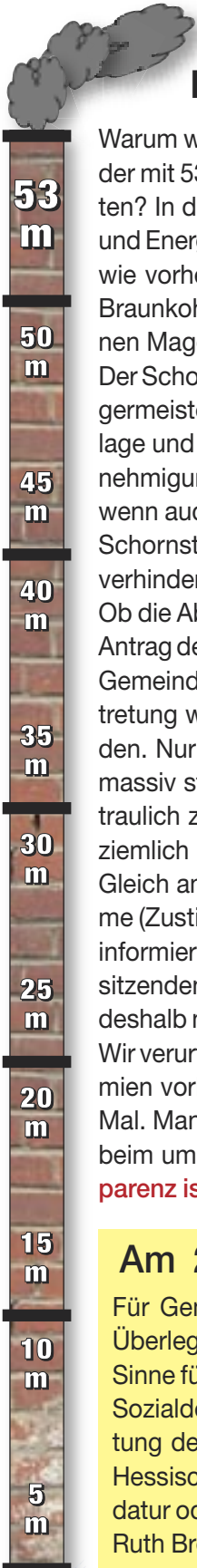


Ein Strauß
namens „Lobby“,
Zoo Wiesbaden

Das Neueste: Das AKW Biblis B hat nach einem Gutachten des Bundesumweltministeriums schwere Sicherheitsmängel. Von 210 Beanstandungen, die untersucht wurden, waren 80 (!) sicherheitstechnisch relevant. Dieses Ergebnis beeindruckt das Hessische Umweltministerium in Wiesbaden nur wenig. Es verneint sicherheitsrelevante Defizite im AKW Biblis B. Resümee: Lobby geht vor Sicherheit.

Wir wünschen unseren Lesern fröhliche Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr.

Ihre SPD Mühlthal



Hauptsache, der Schornstein raucht?

Warum wird „An der Papiermühle“ ein beachtlich hoher Schornstein errichtet, der mit 53 m Höhe geeignet ist, große Mengen klimaschädliches CO₂ abzuleiten? In der dortigen Papierfabrik wird eine gasbetriebene Anlage zur Dampf- und Energieerzeugung auf Braunkohlestaub umgerüstet. Bei gleicher Leistung wie vorher wird sie einen doppelt so hohen CO₂-Ausstoß haben. 10.000 to Braunkohlestaub werden pro Jahr mittels ca. 350 schweren LKWs aus dem fernen Magdeburg herangeschafft. Auch diese LKW produzieren reichlich CO₂. Der Schornstein wird das Ortsbild sehr negativ verändern. Kommentar der Bürgermeisterin: „Der Schornstein liegt in einem Gewerbegebiet, nicht in der Ortslage und ist umgeben von hohen Bäumen.“ Rein rechtlich ist seitens der Genehmigungsbehörde, dem Regierungspräsidium (RP), sicher alles ordentlich, wenn auch nicht zeitgemäß, gelaufen. Wir von der SPD Mühlthal wollen diesen Schornstein mit seinem hohen CO₂-Ausstoß nicht, können ihn aber nicht mehr verhindern.

Ob die Abläufe innerhalb der Gemeinde einwandfrei waren, soll, gemäß einem Antrag der Mühlthaler SPD-Fraktion, eine Anfrage beim Hessischen Städte- und Gemeindebund klären. Ferner sollen die Öffentlichkeit und die Gemeindevertretung wenigstens nachträglich über das Projekt umfassend informiert werden. Nur die CDU stimmte dem nicht zu. Was uns an diesem Vorgang ganz massiv stört, ist der Versuch, das Projekt vor der Öffentlichkeit so lange vertraulich zu halten, bis nichts mehr korrigierbar ist. Dies belegt der Zeitablauf ziemlich eindeutig: Ende Mai ging der Antrag des Betreibers beim RP ein. Gleich am 3. Juni 2010 wurde durch die Bürgermeisterin die sog. Einvernahme (Zustimmung) erklärt. Weder Ortsbeirat noch Gemeindevertretung wurden informiert. Die Bürgermeisterin beruft sich darauf, dass sie die Fraktionsvorsitzenden informiert habe. Diese Information war aber vertraulich und durfte deshalb nicht weiter gegeben werden. Das weiß die Bürgermeisterin natürlich. Wir verurteilen diese Informationspolitik am Bürger und an den politischen Gremien vorbei auf das Schärfste. So zerstört man Vertrauen. Nicht zum ersten Mal. Man sollte sich auch in Mühlthal die Worte von H. Geißler, dem Schlichter beim umstrittenen Mammutprojekt Stuttgart 21, zu Herzen nehmen: „**Transparenz ist Voraussetzung für Akzeptanz durch die Bevölkerung**“.

Am 27. März 2011 finden Kommunalwahlen statt

Für Gemeindevertretung und Ortsbeiräte suchen wir noch Kandidaten. Überlegen Sie doch mal, ob es nicht reizvoll wäre, als Kandidat im positiven Sinne für Mühlthal oder den Ortsteil, in dem Sie wohnen, tätig zu werden. Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Kompetenz, Transparenz und Beachtung der demokratischen Spielregeln, wie sie im Grundgesetz und in der Hessischen Gemeindeordnung vorgegeben sind. Falls Sie an einer Kandidatur oder zusätzlicher Information Interesse haben, kontaktieren Sie gerne Ruth Breyer, die Vorsitzende der Mühlthaler SPD – Adresse nebenstehend.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------|---|
| Hauptsache, der Schornstein raucht? | 1 |
| Kommunalwahlen am 27. März 2011 | 2 |
| Großes Richtfest in Frankenhausen | 2 |
| Qual der Wahl | 3 |
| Interview mit Brigitte Zypries, MdB | 4 |

Besuchen Sie den
SPD/AsF-Glühweinstand
auf dem
Weihnachtsmarkt
Nieder-Ramstadt,
**27./28.
November 2010**

Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:
Vorstand der SPD Mühlthal

Vorsitzende:
Ruth Breyer
Hügelstraße 9
64367 Mühlthal
06151/9510710
ruth-breyer@t-online.de
www.spd-muehlthal.de

Gesamtherstellung:
Ralf-Hellriegel-Verlag
64297 Darmstadt
Tel. 06151/880063

